

Experten warnen vor dramatischem Ärztemangel

Nach einer neuen Studie werden in 20 Jahren rund 42 Prozent der Arztstellen nicht mehr besetzt werden können. Die Autoren raten, entschieden gegenzusteuern.

von Timo A. Spanholtz

Im Jahr 2030 werden in Deutschland rund 165.000 Ärztinnen und Ärzte fehlen, in der Gesundheitsversorgung insgesamt wird es an rund einer Million Fachkräfte mangeln – wenn Politik, Wirtschaft und Gesundheitswesen nicht heute bereits entschieden gegensteuern. Das prognostiziert die Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) in einer kürzlich veröffentlichten Studie zur Personalentwicklung in ambulanten und stationären Einrichtungen des Gesundheitswesens. Erarbeitet wurden die alarmierenden Zahlen auf der Basis von mehr als 20 Millionen Datensätzen in Zusammenarbeit mit dem unabhängigen Darmstädter Forschungsinstitut WifOR, das als Ausgründung aus dem Lehrstuhl für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Darmstadt von Professor Dr. Bert Rürup entstanden ist.

Einschneidende demographische Veränderungen

Als Betrachtungszeitraum haben PwC und WifOR die Zeit von heute bis 2030 gewählt, weil der demographische Wandel insbesondere nach dem Jahr 2020 seine volle Wirkung auf das Gesundheitssystem und die Versorgungsrealität entfalten wird. Bereits jetzt fehlen nach der Studie mehr als 17.000 ärztliche Vollzeitkräfte in der ambulanten und stationären Versorgung. Diese Zahl werde sich im nächsten Jahr auf rund 21.000 erhöhen, das entspricht einer Quote nicht besetzter Arztstellen von 7,3 Prozent.

Als „dramatisch“ bezeichnen die Forscher den Ausblick auf das Jahr 2020 und mehr noch auf das darauf folgende Jahrzehnt: Nach ihrem Szenario werden in zehn Jahren bereits 56.000 ärztliche Voll-

zeitkräfte fehlen, in 20 Jahren 165.000. Das entspricht 42 Prozent der dann im ambulanten und stationären Sektor benötigten Ärztinnen und Ärzte.

Schlechtere Gesundheitsversorgung unausweichlich?

Diese dramatische Entwicklung werde zu einer wesentlich schlechteren Gesundheitsversorgung, einer extremen Belastung des verbliebenen medizinischen Personals und zusätzlich zu einer geringeren Wertschöpfung der deutschen Wirtschaft in Höhe von 35 Milliarden Euro führen, so die Studie.



In einer neuen Studie prognostizieren PricewaterhouseCoopers und das Forschungsinstitut WifOR für die kommenden beiden Jahrzehnte einen eklatanten Fachkräftemangel im Gesundheitswesen.

Ein Teufelskreis ohne Ausweg ist dies jedoch nicht, meinen die Autoren. Sie fordern „ein umfassendes strategisches Reformkonzept“, das neben gesundheitspolitischen Aspekten auch bildungs- und rentenpolitische Faktoren berücksichtigen müsse. „Mehr Geld wird es für das Gesundheitssystem insgesamt nicht geben. Um die Herausforderung dennoch bewältigen zu können, müssen die vorhandenen Ressourcen intelligenter eingesetzt werden“, so Harald Schmidt von PwC. Die Arbeit in der Gesundheitsversorgung müsse attraktiver und effizienter werden. Notwendig seien eine Entlastung von Ärzten und Pflegekräften von Verwaltungsaufgaben sowie eine engere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung.

Als zielführend sehen die Autoren der Studie außerdem eine gezielte finanzielle Förderung von Landarztpraxen an, die zwangsläufig mit Kürzungen in Ballungszentren einherginge. Darüber hinaus müsse die Politik „auch den Wettbewerb

zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen begleiten und die Etablierung von Medizinischen Versorgungszentren fördern, die insbesondere in ländlichen Regionen eine effiziente Alternative zum Doppelsystem von Kliniken und (Einzel-)Praxen sind“. Kliniken wie Einzelpraxen werden laut Prognose in ländlichen Gebieten zunehmend durch Medizinische Versorgungszentren (MVZ) ersetzt werden. „Dabei können MVZ sowohl privatwirtschaftlich als auch staatlich organisiert sein“, heißt es.

Darüber hinaus schlägt die Studie Initiativen vor, die eine Arbeitsfähigkeit bis zum Rentenalter gewährleisten. Dazu müssten die Arbeitsbedingungen insbesondere in der Pflege verbessert werden. Zudem befürworten PwC und WifOR die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze sowie eine leistungsgerechte Bezahlung, darüber hinaus attraktive Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie innovative Arbeitszeitmodelle während und nach der Elternzeit.

Bessere Kinderbetreuung, weniger Teilzeit

Da 2030 voraussichtlich zwei Drittel aller berufstätigen Ärztinnen und Ärzte Frauen sein werden, wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale Bedeutung für die Attraktivität der ärztlichen Tätigkeit erhalten. Bislang seien Teilzeitmodelle die häufigste Reaktion auf eine Doppelbelastung durch Arbeit und familiäre Pflichten. Für sinnvoller halten die Autoren der Studie einen Ausbau der Kinderbetreuung, „um die Teilzeitarbeit zurückzudrängen und das Fachkräftepotenzial so besser auszuschöpfen“.

Auch die Delegation von zeitraubenden und vielfach als lästig empfundenen Dokumentationsaufgaben sowie die verbesserte Vernetzung der Ärzteschaft untereinander mit beschleunigtem Informationsfluss mittels intelligenter elektronischer IT-Lösungen sind laut PwC unausweichlich.

Weitere Informationen: www.pwc.de

Dr. med. Timo A. Spanholtz ist Mitglied der Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein; er arbeitet als Facharzt in der Klinik für Plastische-, Ästhetische Chirurgie, Schwerverbranntenzentrum, Universität Witten/Herdecke, Klinikum Köln-Merheim